

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1910**

14 (19.1.1910) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pf., vierjährlich M. 2,70. An der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3,25. Durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3,67 vierjährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft "Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Berantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbelägen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; samstags in Karlsruhe.

Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Reklame: Die sechsseitige Petitgilde oder deren Raum 25 Pf., Reklamen 60 Pf. Notizanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Reklame. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Angeben-Berichtsstellen an.

Reklamation und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Anzeigen: Die sechsseitige Petitgilde oder deren Raum 25 Pf., Reklamen 60 Pf. Notizanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Reklame. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Angeben-Berichtsstellen an.

Reklamation und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Berantwortlicher für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wahler in Karlsruhe.

Die zahnärztliche Behandlung nach der neuen Reichsversicherungsordnung.

Durch die beabsichtigte neue Reichsversicherungsordnung, die allerdings erst noch den Reichstag zu passieren hat und dort siegreiche Veränderungen und Verbesserungen erfahren muss, um ihren Zweck, dem Volkswohl wirklich zu dienen, zu erfüllen, würde auch die Zahnbearbeitung der Krankenkassenmitglieder sehr stark beeinflusst. Keineswegs aber, das mag vorausgesetzt werden, in für die Kassen günstigen Sinn.

So auffallend wie richtig das Bestreben der Regierung auch ist, die Kurpfalzerei einzudämmen und den Versicherungsprinzip nur Hilfsmittel durch approbierte Ärzte zu verschaffen, hat die Einbeziehung der Zahnbearbeitung in den Begriff der ärztlichen Behandlung zu bestimmungen geführt, die wie nach allen anzunehmen, weder in der Absicht der Regierung lagen, noch überhaupt durchführbar sind. Wenn aber die Zahnschule — der Reichstag — nicht ein scharfes Auge auf diese unzulässige Einbeziehung der Zahnbearbeitung in das rein ärztliche Gebiet richtet, dann werden später, wenn die Vorlage Gesetzeskraft erlangt, bestimmungen getroffen sein, die nicht nur weitere Volkskreise bewirken und schädigen, sondern die überhaupt seitens der Krankenkassen nicht durchführbar sind.

Es ist daher Aufgabe des Preises, die Aufmerksamkeit der berufenen Kreise und der Öffentlichkeit auf diese Gefahr zu lenken, — die darin besteht, dass es durch das neue Gesetz den Kassen fernherhin unmöglich wird, trotz des außerhalb der Großstädte befindenden großen Mangels an Zahnarzten, die 6700 deutschen Dentisten oder Zahntechniker zur Behandlung ihrer Mitglieder heranzuziehen.

Den 22000 Kassenmitgliedern des Reiches, welche für die gewerblichen Arbeiter von ca. 30000 Gemeinden der Krankenversorgung auszuüben haben, stehen nur 2900 approbierte Zahnarzte zur Verfügung, dagegen 31640 staatliche Ärzte. Von diesen 2900 approbierten Zahnarzten wohnen 1490, also über die Hälfte, in 23 Großstädten des Reiches, die andere Hälfte verteilt sich fast ausschließlich auf eine Reihe weiterer großer Städte, während nach Rückzug zahlärztlicher Zahnarzte in 584 Städten mit über 5000 Einwohnern überhaupt kein approbiertes Zahnausbild anfähig ist! Von den Städten unter 5000 Einwohnern, den Kleinstädten usw., ganz zu schweigen.

Es sind also die Millionen, die nicht in den großen Städten wohnen, seit Jahrzehnten auf die Lücke und Behandlung der Dentisten angewiesen, ebenso natürlich die Kassenmitglieder jener Städte und Gemeinden. Hier steht auch der Gegenentwurf — im merwütigsten Gegensatz zu den Bestimmungen, die für die Großstädte gelten — die Kassenbearbeitung durch Dentisten vor. Läßt sich aber an einem solchen Platze ein junger approbiertes Zahnausbild niedersetzen, müssen die Kassenmitglieder diesem ihrer Mitglieder zur ausschließlichen Behandlung überlassen, gleichviel ob die bisher beschäftigten Dentisten das Vertrauen der Kassenmitglieder im vollen Maße genießen. Verlässt der junge Zahnausbild den Ort wieder, sind die Kassenmitglieder wieder befähigt und würdig, die Kassenmitglieder zu behandeln — ein Zustand, der fast bis an Grenze freist und vor dem, bei dem Ernst und

der Wichtigkeit der ganzen Frage die zahnlende Bevölkerung nicht energisch genug geschützt werden kann.

Aber auch in finanzieller Hinsicht drohen den Kassen durch die gesetzlich vorgesehene ausschließlich zahnärztliche Behandlung schwere Gefahren, da diese so teuer werden würde, dass entweder die Kassen ihre Mittel für die Zahnbearbeitung erschöpfen oder die Zahnbearbeitung mehr eindringen müssten, wenn nicht eine bedeutende Erhöhung der Kassenbeiträge die ebenso wenig gute abzuende Folge wäre.

Aus diesen Gründen haben daher, wie aus der Kassenversorgung ersichtlich, nicht nur die bediensteten Kassenmitgliedern bei ihren großen, von Millionen Stimmen beschworenen Verhandlungen Protest erhoben gegen die Ausschaltung der Dentisten, mit deren Leistungen sie sich ausdrücklich zurückzuführen wünschen, sondern auch gegen 1200 Kassenmitglieder, die ebenso haben auch gegen 1200 Kassenmitglieder Petitionen an den Bundesrat gerichtet, in denen die Beibehaltung der Dentisten neben den approbierten Zahnarzten verlangt wurde.

Nach Lage der Dinge, zumal die approbierten Zahnarzte weder hinsichtlich der Zahl, noch der Verteilung an die Gemeinden den Bedürfnissen auch nur annähernd genügen, dürfte diesen Forderungen der Kassenmitglieder die Berechtigung und Echtheit nicht abgesprochen werden.

Es wird sich bei den jedenaus bald zu erwartenden Beratungen des Reichstages über dieses hochwichtige Gesetz noch Gelegenheit bieten, näher auf diese in ihrer Bedeutung gar nicht zu unterschätzende Seite der Vorlage einzugehen.

Deutschland.

Berlin, 19. Januar 1910.

Die Antwort des Bundesrates auf die Beschlüsse des Reichstages ist endlich eingetroffen, hat aber in wenigen Teilen befriedigt. Eine ganze Reihe von Reichstagsabgeordneten, welche auf Rentenansprüchen beruhen, sind nicht berücksichtigt worden, besonders jene auf sozialpolitischem Gebiete, wie folgende kleine Blätter zeigen: Den Reichstag, Bautenförderung aus der Arbeiterschaft zugunsten (Antrag des Zentrums), konnte keine Folge gegeben werden; über die bisherigen Wirkungen des Erbbauvertrags (Antrag des Zentrums) sind Erhebungen eingeteilt worden; die Erwähnungen über Errichtung eines besonderen Reichsarbeitsamtes, auf das die Obligationen der arbeitspolitischen Abteilung des Statistischen Amtes übergehen sollen, sind noch nicht abgeschlossen; ein Entwurf, betreffend die Aufsichtsorgane bei Arbeiten, welche freiwillig zur Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, ist ausgearbeitet (Antrag des Zentrums), konnte aber mit Mühe auf die im Werke befindliche Ausschreibung des übrigen Sicherungsgeges nicht abschließend festgestellt werden; Erhebungen über die Frage der Gewährung von Darlehen für gemeinnützige Wohnungen im Interesse der minderbedürftigen Volksklasse (Antrag des Zentrums) haben stattgefunden, doch können gelegte Maßnahmen auf diesem Gebiete wegen der erheblichen Mittel zur Durchführung des Gedankens nicht in Aussicht gestellt werden; die Anstellung von

Militärzahnärzten ist nicht berücksichtigt, dem Bedürfnisse der Zahnpflege in der Armee wird durch für dieses Spezialfach ausgebildete Sanitätsoffiziere genügt. Ferner ist angeordnet, Einjährige, die die zahnärztliche Approbation für Deutschland besitzen, mit ihrem Einverständnis während des letzten Bieterjahrs ihrer aktiven Dienstzeit zur Dienstleistung bei der zahnärztlichen Abteilung eines Garnisonslazaretts zu kommandieren. Die Frage, den Abgeordneten das Recht des Berufsgeheimnisses für Dinge ihrer parlamentarischen Tätigkeit anzuerkennen, ist noch in der Schwebe (Antrag des Zentrums); die Erwähnungen über eine Novelle zum Gesetz über den Erwerb und den Verlust der Staatsangehörigkeit sind noch nicht abgeschlossen; die Erwähnungen über einen Entwurf betreffend Privatbeamtenversicherung, schwelen noch (Antrag des Zentrums).

Der Wunsch, das Nebenziel des Berufsgeheimnisses für Beamte einzuführen (Antrag des Zentrums), steht der Bundesrat wohlwollend gegenüber; mit Mühe auf die in Preisen schwelbenden Erwähnungen über eine gleichzeitige Reform des militärischen Beschwerde- rechts (Antrag des Zentrums) ist nicht in Aussicht genommen; eine Umarbeitung des Militärsatzrechts ist erst anängig, wenn das Ergebnis der Reform des bürgerlichen Strafgesetzbuchs vorliegt; endlich sind die Vorarbeiten für Revision des Patentgesetzes eingeleitet worden. Es ist nun Sache des Reichstages, die Angelegenheiten weiter zu verfolgen, um zu einem Resultat zu gelangen, denn ganz gut begründete Volkswünsche sind abgelehnt worden.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den Preis von 1/4 Mark verlängert zu verkaufen. Die Redaktion leugnet vielleicht dies wieder ab, es nützt aber nichts, denn unsere Quelle ist einwandfrei.

Die Ausschaltung der Zahnbearbeitung.

Die "Tägliche Rundschau" ist an eine konservative Partei griffen, um den

Der entrüstete „Bad. Landesbote“.
Der „Bad. Ldsb.“ Nr. 14 verläßt sich in bestigen Worten darüber, „wie unter der Flagge „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ gelogen wird.“ Die „Offenburger Zeitung“ habe Miser als „Saaleerer“ bezeichnet und sogar geschrieben, Miser habe einen Ordenskris bekommen. Dann heißt es:

„Es ist geradezu abscheulich, daß in solcher Weise von Leuten mit der Wahrheit umgesprungen wird, die sich so gern als patentierte Stützen des religiösen Lebens aufspielen. Über gehört die Wahrhaftigkeit nicht zu den Geboten der Religion, wie sie das Zentrum vertritt?“

Bor einigen Tagen füriert der „Landesbote“, die Zentrumspartei habe sich mit „verlegenen Gläckern“ über die wichtigen Anklagen Musers hinweggeschoben. Das war unvölkisch, das Zentrum schwieg mänschenstil zu Miser. Rede und hörte zum anderen Teil gar nicht zu, bezw. hielt sich außerhalb des Sitzungsraals auf, um etwas Berninifisches zu treiben, als den längst geworbenen antiklerikalen Thron Musers zu übernehmen. Der „Badische Landesbote“ hätte also, wenn wir uns seiner Redeweise bedienen wollten, „gelogen“, als er seine Leser glauben möchte, das Zentrum habe verlegen gelacht.

Der „Badische Landesbote“ schreibt hente, der Abg. Seubert habe einen Vertragungsantrag gestellt und sei damit abgewiesen worden. Das ist wiederum unwahr. Er hätte sich aus dem „Bad. Ldsb.“ sowohl als aus der „Volksstimme“ davon überzeugen können, daß nicht Seubert sondern Gerd mit einem Vertragungsantrag abgewichen wurde. Wiederum könnten wir dem „Badischen Landesboten“ daraus eine „Lüge“ drehen, wenn wir es zu nehmen wollen, wie er es bei der „Offenb. Zeitung“ nimmt. Wir sind aber überzeugt, daß er nicht gelogen sondern sich geirrt hat.

Und dann was den „Saaleerer“ Miser angeht, so ist es unzweckhaft, daß es nicht nur Zentrumsteile sondern auch Liberale gibt, welchen die heutigen Reden Musers eine harte Geduldsprobe sind, denen sie gern aus dem Weg geben. Ein bekannter Liberaler, der diesen Alten Block zum Opfer gefallen ist, sagte vor zwei Jahren einmal auf dem Rückgang hinter dem Sitzungsraal Miser sprach: „Sie zieht nicht mehr!“

Und auch diesmal verlieren, wie wir wissen, nicht nur Zentrumsteile sondern auch Liberale — auf der Galerie — das Rondell, als Miser sprach. Das wird in Zukunft, wenn Miser seine Gebetshausvorlesungen und nachherigen Feldberatungen fortsetzt noch mehr der Fall sein. Einen eigentlichen Ordnungskris bekam Miser allerdings nicht, selbst nicht für die doch jedenfalls keineswegs noble Beschimpfung des Abg. Erbarter als „Veranstaltungskrotz“; indeswegen wurde er vom Präsidenten unterbrochen, als er in leicht zu erratender Absicht von der „niedrigen Gesinnung“ sprach, welche das Waldmichelblatt zeige. Mit einem genügenden Witz, der übrigens Ziel verschafft, half er sich dann über einen Ordenskris hinweg.

Wir können daher nicht finden, daß das Offenburger Zentrumblatt dem Herrn Abgeordneten von Offenburg so schwer Unrecht getan habe, wie man auf der massiven Ausdrucksweise des „Landesboten“ entnehmen könnte. Der „Landesbote“ hätte sich schon eher darüber entrüstet sollen, daß Herr Abg. Miser davonläuft, wenn er die Antwort auf seine Angriffe zu erwarten hat.

In Kampf gegen die „schlechte“ Presse.

Wie lesen in der „Bad. Warte“ Nr. 5:

„Vorwärts. Von hier wird uns geschildert: Die liberalen evangelischen Geistlichen hier verüchten zurzeit wahre Heldenataten. Sie haben es an die christliche Sonntags-presse abgegeben; so einem Raummannischen liberalen Parterre der „Reich Gottes-Bote“ und das „Euangel. Kirchen- und Volksblatt“ angedeutet wahre Knebel. In der bisherigen politisch-liberalen Presse existieren seit geraumer Zeit Herausgeber gegen die beiden Blätter und am Dienstag sprach der Herausgeber der liberalen „Kirche“, Herr Delan Raupps-Mündingen, in der katholisch-liberalen Vereinigung unter dem Beifall seiner Zuhörer im gleichen Sinne. Und tatsächlich haben einige verhegte Leute das einer der Blätter abgestellt. Darauf Freude in den liberalen Gegenden! Gähnen wir den geistlichen Herren ih Plätzchen! Kleinländische Schikanen gegen positive Christen und Unternehmungen seien neben dem Kampf gegen das christliche Glaubenskenntnis die Liebhaberschaftsfrage dieter Herren zu bilden.“

Wo bleibt die „Bad. Landesbg.“, um diese Geistlichen zur Rede zu stellen? Sie ist ja sonst sofort bereit, den katholischen Geistlichen einen schweren Vorwurf zu machen, wenn sie gegen die kirchenfeindliche liberale und sozialdemokratische Presse vorgehen und vor ihr warnen. Hier waren evangelische liberale Geistliche vor der konservativen Presse. Sie warnen vor ihr aus politischen Gründen und fordern auf, sie abzustellen. Warum schweigt die „Bad. Landesbg.“ dazu? Sie findet es eben ganz in Ordnung, wenn liberale Geistliche für die liberale und gegen die konservative Presse arbeiten, denn sie hat ja selbst schon liberale Geistliche zu Wort kommen lassen, welche die Protestanten vor der konservativen und positiv gläubigen Presse warnen. Sie findet es ungehörig, wenn Geistliche vor der ungläubigen und kirchenfeindlichen Presse warnen und gibt dadurch wieder einen Beweis dafür, daß die liberale Moral einen doppelten Boden hat, einen für sich und einen für andere.

Badischer Landtag.

Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.
B.Z.K. Karlsruhe, 18. Januar 1910.

19. Sitzung.

Präsident Rohrthurst eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Die Tribünen sind gut besetzt.

Am Regierungstisch: die Minister v. Bodenmaier und v. Marschall.

Zu Eingang befinden sich folgende Petitionen, die der Petitionskommission überwiesen werden:

1. des Rheinbahnwärters a. D. David Rosewich aus Weisenheim um Erhöhung seines Unterhaltsgehalts übergeben von dem Abg. Dr. Heimbürger;

2. des früheren Eisenbahnarbeiters Michael Nehrer von Kronau um eine Unterhaltung;

3. des Naturheilkundlers V. Trippmacher in Ladenburg um Rechtshilfe;

ferner eine Einladung des Studentenverbandes an der Friedericiana zu dem am Freitag, den 28. Januar dieses Jahres, abends halb 9 Uhr, im großen Saale der Festhalle stattfindenden Kommers zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät Kaiser Wilhelms II. mit dem Bitte um Nachricht, wieviel Herren Abgeordneten daran teilzunehmen beabsichtigen.

Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht der Budgetkommission und Beratung über den I. Höhe Belohnungen und Beihilfen 440 M., Titel V

Statsvoranschlag für 1910/11

und zwar Titel XII des Budget des Groß. Ministeriums des Innern,

Heil- und Pflegeanstalten,

B. außerordentlicher Etat, § 1—3.

Berichterstatter Abg. Dr. Schoer (Btr.): Die Regierung wünscht die rasche Erledigung der geforderten außerordentlichen Kredite zur Errichtung einer Heil- und Pflegeanstalt in Wiesloch, 5. Leistungsforderung 860 000 M., und für die bauliche Herstellung in der Heil- und Pflegeanstalt in Emmendingen 250 000 M., damit die Bauarbeiten als bald ausgeführt werden können. Redner will nicht näher auf die Sache eingehen, da die Materie beim ordentl. Etat noch behandelt wird. Er beantragt nunmehr die Annahme der geforderten etwas Berninifischeren Thesen Musers zu übernehmen. Dann heißt es:

„Diese Debatte stimmt das Haus zu.“

Abg. Neumann (natl.) berichtet über das Budget des Staatsministeriums, soweit es noch nicht erledigt ist. Die Budgetkommission beantragt, die Kammer wolle a) für die Budgetjahre 1910 und 1911 in Aussicht und Einnahme genehmigen: A. Ausgabe: Titel I Großherzogliches Haus 1 811 983 Mark, Titel II Landstände 243 210 M., Titel III Matr. Kulturrabatte zur Reichskasse 13 386 405 M., Titel IV Anteil der Eisenbahnhöldungsfeststelle an den Nebenschiffen der Reichsbahn und Telegraphenverwaltung 500 000 M., Titel V Averien für die außerhalb der Zollgrenze gelegenen Landesteile 54 696 Mark, Titel VI Verschiedene und zufällige Ausgaben 50 M., insgesamt 15 996 344 M. B. Einnahme: Titel I Ueberweisungen aus der Reichskasse 6 600 000 Mark; b) über den Gegenstand in abgekürzter Form zu beraten.

Abg. Vogel-Mannheim (Dem.) richtet an die Regierung eine Anfrage betr. die

Kostsanierung

und die Schiffsabgaben. Die Regierung möchte Auskunft darüber geben, ob eine Verständigung zwischen Württemberg und Baden eingeleitet ist. Eine Zeitungsnotiz habe die Sache dringend gemacht, die Rotis über die Versammlung der Industriellen Württembergs. Geh. Rat Föf habe dort berichtet, mit Baden habe Württemberg schon im Mai vorheriges Jahr Fühlung zu nehmen versucht, jedoch ohne Erfolg. Baden beweise, daß es kein Interesse an der Sache nehme. Wenn diese Behauptung nicht widerlegt werden kann, dann wird die Verbreitung dieser Tatsache in Baden und Württemberg eine große Missstimmung hervorrufen. Es ist notwendig, daß die badische Regierung aus ihrer Zurückhaltung herausströmt zu einer offenen Tat. Die badische Regierung sollte es der württembergischen doch nicht zu leicht machen in der Frage der Schiffsabgaben. Vielleicht habe sich Württemberg infolge dieser Haltung Badens Preußen gegenüber schon zu weit verpflichtet.

Minister v. Dusch: Ich muß es ablehnen, in diesem Zeitpunkt Auskunft zu geben. Der Abg. Vogel hätte die Anfrage an den Minister des Innern richten sollen, solange dieser da war, da er in dieser Frage allein zuständig ist. Der Abg. Vogel kann überzeugt sein, daß die Regierung die Erklärung abgeben kann, daß sie das Erforderliche im vollen Maße getan hat und daß das Interesse des Landes im vollen Maße gewahrt wird.

Beim Artikel Ausgabeat der

Landstände, der 243 210 M. vorliegt gegen 236 065 M. im bisherigen Budget, regt

Abg. Röhl (Soz.) an, daß wie bereits für einen Teil der Stenographen gegeben, auch für den übrigen Teil der Stenographen die Bezüge kontingentiert werden sollten, weil sie sonst bei dem Beifall, die Verhandlungen möglichst abzukürzen, gegenüber ihren Kollegen in ihrem Gehaltsbezirk benachteiligt wären. Er möchte es dem Präsidenten anheimgeben, dieser Frage näher zu treten.

Präsident Rohrthurst: Diese Sache sei schon in Ansicht genommen. Er wolle sich mit dem Herrn Direktor ins Benehmen setzen.

Abg. Benedix (Dem.) tritt in gleichem Sinne für die Stenographen ein.

Abg. Neuhaus (Btr.): Meine politischen Freunde schließen sich dieser Anregung sehr gerne an. Es liegt dies auch im Interesse des Landes selbst. Wenn hohe Anforderungen an die Stenographen gestellt werden, müssen sie auch eine entsprechende Entlohnung erhalten.

Abg. Neumann (natl.): Wir haben alle Berichtigung, mit den Leistungen der Stenographen zufrieden zu sein. Ich glaube deshalb, daß es wohl bestreit ist, im Sinne dieser Anregung für die materielle Sicherstellung der Stenographen zu sorgen. Auch meine Freunde schließen sich dieser Anregung an.

Abg. Heimburger (Dem.): Wir haben auf früheren Landtagen zu Beginn zwei Exemplare des Budgets beschlossen. Das war eine außerordentlich bequeme Einrichtung. Er möchte anregen, die selbe einzuführen.

Abg. Röhl (Btr.) schließt sich dem an.

Ministerialdirektor Göller will dafür sorgen, daß diesem Wunsche entsprochen wird. Ob es in diesem Landtag noch möglich sei, sei fraglich.

Abg. Röhl (Soz.) bittet, wenigstens den Herren von der Budgetkommission zwei Exemplare zuzustellen.

Darauf werden die angesetzten Positionen einstimmig genehmigt.

Abg. Neumann (natl.) berichtet über das Budget des

Ministeriums des Groß. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten.

Er teilt die Ansichten verschiedener Mitglieder mit, die Gesandtschaften in Berlin und München aufzuheben. Die Regierung und die Mehrheit der Kommission sei für Genehmigung. Die Kommission beantragt, die Kammer wolle a) sämtliche Anforderungen für die Budgetjahre 1910 und 1911 genehmigen, nämlich: Titel I Ministerium 103 520 M., Titel II Geheimes Kabinett 57 300 M., Titel III Gesandtschaften 89 170 M., Titel VI Außerordent-

verschiedene und zufällige Ausgaben 9590 M., insgesamt 260 020 M.; b) über den Gegenstand in abgekürzter Form zu beraten.

Abg. Görslacher (Btr.): Wenn ein Handwerker oder Gewerbetreibender ein Geschäft errichtet, werden durch die Fabrikinspektion allerlei Vorschriften gemacht zur Sicherheit der Arbeiter. Wenn der Fabrikinspektor einmal nach Billingen kommt, will er ihn aufmerksam machen auf das Postgebäude. Schon vor 20 Jahren sei eine solche in Wiesloch gebaut, als Billingen erst 7000 Einwohner hatte, jetzt hat es 12000. Die Arbeitsräume entsprechen gar nicht und haben eine schlechte Luft. Wo kommt der Lärmenschuß hin, müssen hier noch einige Beamte arbeiten. Der Kaufbeamte müsse zeitweise das Telefon in einem anderen Stockwerk beibehalten. Wie die Arbeitsräume, so seien auch die Warterräume ungenügend. Redner bittet die Regierung, bei der Reichspostverwaltung auf die Errichtung einer neuen Post in Billingen hinzuwirken.

Präsident: Diese Sache hätte eigentlich im Reichstag gehalten werden sollen.

Minister v. Marschall: Er sei für die Anregung ausführbar, da er von den Württembergern nichts gewußt habe. Er werde durch den Berliner Gesandten bei der Reichspostverwaltung intervenieren lassen. (Heiterkeit beim Großblod.)

Abg. Schmid (Btr.) äußert sich ebenfalls zu der Sache. Die Mißstände in Billingen seien aber nicht so schlimm.

Beim Titel

Orden und Medaillen

beantwirkt

Abg. Willi (Soz.) Streichung. Für wirkliches Verdienst sei die Tat Belohnung genug. Es gebe verdiente Männer genug, die auf derartige äußerliche Kennzeichnung gerne verzichten; er erinnere nur an den Pfarrer von St. Martin in Freiburg. Wenn die Leute aber absolut einen Vogel im Kopf haben möchten, sollten sie ihm auch bezahlen. Zu dieser Sinfonie seien uns Spanien, Portugal und die Türkei vorwärts. Damit könnten 25 000 Mark erspart werden, die beispielswise für neue Lehrstellen verwendet werden könnten.

Minister v. Marschall: Nicht nur in monarchischen, sondern auch in republikanischen Staaten ist es Sitte, daß verdiente Männer durch Orden oder Medaillen vom Staatsoberhaupt ausgezeichnet werden. Darum sollten auch wir von diesem Rechte des Landesherrn nicht Abstand nehmen. Die Position hat keine steigende Tendenz. Er bitte um Annahme der Position.

Die Position wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Beim Titel

Gesandtschaften in Berlin und München

beantwirkt Abg. Willi (Soz.) ebenfalls Streichung. Man hat uns noch nicht von der Notwendigkeit dieser Gesandtschaften überzeugt. Wenn die Berliner Gesandtschaft in der Lage geweisen wäre, dahin zu wirken, daß das Attentat Preußen auf unserer Recht in Betracht gezogen wird.

Präsident Rohrthurst: Ich kann nicht dulden, daß es einem Bundesstaat ein Attentat auf einen anderen vorwerfen.

Abg. Willi (Soz.): Dann sage ich, wenn die Gesandtschaft die Gefahr der Schiffsabgaben verhindert hätte, dann könnten wir uns von ihrer Notwendigkeit überzeugen. Hätte er vorhin eine Gelegenheit gegeben, daß die Gesandtschaft etwas zu tun hätte. Er bitte um Streichung und bestreite Verwendung der hierfür ausgeworfenen Summen.

Abg. Vogel-Mannheim (Dem.): Auch wir sind darum einverstanden. Im preußischen Abgeordnetenhaus sei auch davon gesprochen worden, daß die Gesandtschaft nichts zu tun habe. Wenn wir auch die Berliner Gesandtschaft noch bewilligen, so sollte man doch die Münchener Gesandtschaft abschaffen. Seine Anfrage vor vorhin habe gezeigt, daß der Minister des Außenfernens nichts wußte und daß eben von Regierung zu Regierung verhandelt werde. Wenn der Münchener Gesandtschaft nichts passiert, dann ist die Regierung zu einer Streichung zu reichen. Die Regierung leide an einem schlechten Ruf.

Abg. Röhl (Btr.): Wir sind für die Beibehaltung der Münchener Gesandtschaft, weil wir wollen, daß die Führer unter den Südstaaten erhalten bleiben soll.

In Berlin könnte ja einer der zwei Bundesstaaten nicht aufnehmen, daß die Gesandtschaft etwas zu tun hätte. Er bitte um Streichung und bestreite Verwendung der hierfür ausgeworfenen Summen.

Abg. Vogel-Mannheim (Dem.): Auch wir sind darum einverstanden. Im preußischen Abgeordnetenhaus sei auch davon gesprochen worden, daß die Gesandtschaft nichts zu tun habe.

Minister v. Marschall: Ich kann nicht dulden, daß es einem Bundesstaat ein Attentat auf einen anderen vorwerfen.

Abg. Willi (Soz.): Dann sage ich, wenn die Gesandtschaft nichts zu tun habe, dann könnten wir uns von ihrer Notwendigkeit überzeugen. Es sei zweifelhaft, ob die Kammer für die Gesandtschaften in Freiburg noch genügend begeistert ist.

Abg. Röhl (Btr.): Wir sind für die Beibehaltung der Münchener Gesandtschaft, weil wir wollen, daß die Gesandtschaft nichts zu tun habe.

Minister v. Marschall: Ich kann nicht dulden, daß es einem Bundesstaat ein Attentat auf einen anderen vorwerfen.

Abg. Willi (Soz.): Dann sage ich, wenn die Gesandtschaft nichts zu tun habe, dann könnten wir uns von ihrer Notwendigkeit überzeugen.

Abg. Röhl (Btr.): Wir sind für die Beibehaltung der Münchener Gesandtschaft, weil wir wollen, daß die Gesandtschaft nichts zu tun habe.

Minister v. Marschall: Ich kann nicht dulden, daß es einem Bundesstaat ein Attentat auf einen anderen vorwerfen.

Abg. Willi (Soz.): Dann sage ich, wenn die Gesandtschaft nichts zu tun habe, dann könnten wir uns von ihrer Notwendigkeit überzeugen.

Abg. Röhl (Btr.): Wir sind für die Beibehaltung der Münchener Gesandtschaft, weil wir wollen, daß die Gesandtschaft nichts zu tun habe.

Minister v. Marschall: Ich kann nicht dulden, daß es einem Bundesstaat ein Attentat auf einen anderen vorwerfen.

Abg. Willi (Soz.): Dann sage ich, wenn die Gesandtschaft nichts zu tun habe, dann könnten wir uns von ihrer Notwendigkeit überzeugen.

Abg. Röhl (Btr.): Wir sind für die Beibehaltung der Münchener Gesandtschaft, weil wir wollen, daß die Gesandtschaft nichts zu tun habe.

willigen, so wären unsere zahlreichen Landsleute in Bayern ohne besondere Vertretung. Breiten informiert sich nicht allein durch die Bundesratsvoll

Einladung.

Die unterzeichneten Verbände erlauben sich, die Herren Fabrikanten und Gewerbetreibenden, hauptsächlich die Bauhandwerker dieser Stadt und die Vertreter der diesbezüglichen Arbeiterverbände zu einer Besprechung über die Vergabeung der Glaser- und Schreinerarbeiten zu den Doppelschulhäusern in der Südendstraße hier ergebenst einzuladen.

Besonders erfreulich wäre es, wenn auch mehrere Stadträte und Stadtverordnete unsere Versammlung besuchen würden.

Tagesordnung:

1. War es notwendig, daß die Glaser- und Schreinerarbeiten für obige Bauten nochmals ausgeschrieben wurden?
2. Rechtfertigung der eingesezten Preise durch Erläuterung der Zeichnungen und Berechnungen.

Die Versammlung findet am 21. Januar 1910, nachmittags 4 Uhr, im Saal des Restaurants Friedrichshof statt, und bitten wir um zahlreiches Erscheinen.

**Die Glaser-Zwangs-Innung Karlsruhe.
Die Vereinigung Karlsruher Schreinermeister.**

Einladung.

Zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers

findet
Dienstag, den 25. Januar 1910, abends 8 Uhr,
im großen Saale der Festhalle ein

Fest-Bankett

mit dem unten folgenden Programm statt.

Zu zahlreicher Beteiligung an dieser patriotischen Veranstaltung beehren wir uns, unsere Mitbürger ergebenst einzuladen.

Wiederholte Einladungen ergehen nicht, Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Einzug der Herren: Dunkler Rock, der Damen: Gesellschaftskleid.

Die obere Galerie der Festhalle bleibt den Damen der an der Feier teilnehmenden Vereine vorbehalten; die Damen haben sich durch die an die Vereine verfaßten Zutrittskarten auszuweisen.

Der Zugang zum Saal und zur unteren Galerie ist durch die Garderoben auf beiden Seiten der Festhalle und durch das Hauptportal, der Zugang zur oberen Galerie durch die Garderoben und ferner die äußeren Galeriedurchgänge zu nehmen.

Der Fest-Ausschuß:

Arensberger, Oberamtmann, Vorsitzender des Hardtgaus-Militärvereinsverbandes; Baumann, Musikkapelle; Dr. Bins, Rechtsanwalt und Stadtrat; Demmerth, Kaufmann und Stadtrat; Ebert, Professor, Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der vereinigten Turnvereine; Fink, Realschullehrer und Stadtvorordneter; Frey, Graf, Kammerstengraph und Stadtvorordneter; Glaser, Kaufmann und Stadtrat; Hareter, Rechtsanwalt, Präsident der Lieberhalle; Dr. Hausrath, Aug., Professor; Heilig, Kunstmaler, Vorsitzender des Vereins bildender Künstler; Kappeler, Buchdruckermeister und Stadtrat; Kölsch, Kaufmann und Stadtrat; Kramer, cand. arch., Vorsitzender der Freien Studentenschaft; Österlag, Privatmann und Stadtrat; Petersen, cand. ing., Vorsitzender des Studentenverbandes der technischen Hochschule; Nebmann, Geh. Hofrat und Oberschulrat, Präsident des Männergesangvereins Liederland, Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der vereinigten Männergesangvereine; Scheide, Professor; Schlebach, Blechbläsermeister und Stadtrat; Schwaninger, Oberregierungsrat, Vorsitzender des Altb- und Klingau-Militärvereinsverbandes; Siegrist, Oberbürgermeister, Dr. Weill, Rechtsanwalt und Stadtrat; Williard, Groh, Bankrat a. D.; Wüller, Adolf, Kaufmann und Verbandsdirektor; Voss, stadt. med., Vorsitzender des S. C. der technischen Hochschule.

Programm.

1. Feierlicher Marsch	G. Fr. Händel.
2. Ouvertüre in „Gavotte“	G. M. v. Weber.
3. Rheinsege	A. v. Othegraven.
(Preischor: Schwochendorf - beim 3. Kaiserweiterungen in Frankfurt a. M. im Mai 1909).	
Männergesangverein Liederhalle unter Leitung des Herrn Ludwig Baumann.	
4. Trinkspruch auf Seine Majestät den Kaiser.	
Herr Rechtsanwalt Gustav Trunz.	
Daran anschließend: Allgemeiner Gesang mit Orchesterbegleitung: Kaiserhymne.	
5. Reigen	
Ausgeführt von 10 Knaben (Kinder von Mitgliedern des Vereins ehemaliger 112er) unter Leitung des Kästlers, Herrn Karl Rüglinger.	
6. Tambour aus R. Wagner's „Die Götterdämmerung“ für Militärmusik	A. Böttger.
7. a) Der Sänger (Ballade des Hörners) } Lieder für Bariton	R. Schumann.
b) Heimweh	H. Wolf.
Herr Konzertjäger Fritz Haas.	
8. Trinkspruch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog.	
Herr Stadtverordneter Kammerstengraph Ernst Frey.	
Daran anschließend: Allgemeiner Gesang mit Orchesterbegleitung: Badische Hymne.	
9. Albertheits Weihnachtslied	G. Kremer.
10. a) Ein Wörtchen nur	M. Neumann.
b) Landshuterlied	R. Baumann.
c) Der Jäger aus Karlsruhe	A. v. Othegraven.
Männergesangverein Liederhalle.	
11. Trinkspruch auf das Deutsche Vaterland.	
Herr Stadtverordneter Reckelreis Simon Fink.	
Daran anschließend: Allgemeiner Gesang mit Orchesterbegleitung: Deutschland, Deutschland - land über alles.	
12. a) Prometheus	Herr Schubert.
b) Krieger-Abnung	Herr Schubert.
c) Der Sieger	H. Kann.
Herr Konzertjäger Fritz Haas.	
13. „Erinnerungen aus dem Militärladen“	A. Redding.
1. Marsch, 2. Ach, welche Lust, Soldat zu sein. — 3. Wer will unter die Soldaten. — 4. Ich hab' mich ergeben. — 5. Ich bin ein lustiger Grenadier. — 6. Langs Zapfenstreich (erste Nacht in der Kaserne). — 7. Traum (Guter Mond, du gehst so still, Bildlein wirst du ein Rehlein, Nach Hause, seufzt er). — 7. Weckruß (Erwachen). — 8. Beichtärtigung in der Kaserne. — 9. Hinaus, hinaus, es ruft das Vaterland. — 10. Anblasen. — 11. Muß' i' denn zum Städte 'naus. — 12. Ach wie ist's möglich dann. — 13. Zum Paradesmarck, — 16. Infanterie (in Regimentsschlange). — 17. Kavallerie (Parade-Voti). — 18. Im Trab. — 19. Artillerie (Hohenfriedberger). — 20. Mandoverkehr (Reiservistenlied). — 21. Schlussmarsch (Deutschland über alles).	
14. zwei historische Fanfarenmarsche	G. Films.

Am Klavier: Herr Maßdirektor Aug. Hoffmeister.

Musik: Die Kapelle des 1. Bad. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 unter Leitung des Herrn Kgl. Musikdirektors Böttger.

Man bittet, vor Nr. 8 des Programms nicht zu rauchen.

Große

Karnevals-Gesellschaft Karlsruhe.

Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 5 Uhr,
im grossen Festhallesaal

II. Große Damen- und Fremden-Sitzung.

Saalöffnung halb 4 Uhr.

Es werden alle drei Haupteingänge zu gleicher Zeit geöffnet und bitten wir die verehrte Mitglieder, sich auf diese drei Eingänge zu verteilen.
Der Eingang durch die Restaurierung (Biertunnel)
bleibt geschlossen.
Von 4 bis 5 Uhr Konzert. Ende 9 Uhr.

Mitgliederkarten Mk. 4.— (eine Dame freい) sind gültig für alle Sitzungen.
Fremdenkarten Mk. 2.—
Damenkarten einzeln Mk. 1.—
Karten für die Herren Studierenden und junge, noch nicht selbständige Herren bis zu 24 Jahren für diese Sitzung Mk. 1.—

Balkon numeriert } Zusatzkarte Mk. 2.—

— sind an der Kasse erhältlich.

Der Vorverkauf ist bei den Herren:

Wilhelm Zemmer, Kaiserstraße 127,

Hermann Meyle, Kaiserstraße 141,

Adolf Lindenlaub, Kaiserstraße 191,

Karl Schweikert, Kaiserstraße 199a,

Theodor Busam, Schützenstraße 1.

Zuschlagskarten für nummerierte Balkon- und reservierte Saalplätze à Mk. 2.—

sind im Vorverkauf nur bei Herrn

Herrn. Meyle, Kaiserstraße 141,

erhältlich.

Närrische Kopfbedeckung sowohl für Damen als auch für Herren unerlässlich.

Die offiziellen Narrenkappen für Mitglieder sind bei den Herren Zeumer, Glockner und Lindenlaub zu haben.

Voranzeige.

Fastnachtstag, den 8. Februar, abends 7 Uhr,
in sämtlichen Sälen der Festhalle

Großer Kostüm-Bürger-Ball.

3. Musikkapellen.

Der Elfer-Rat.

Katholischer Männerverein der Oststadt.

Am Sonntag, den 23. Januar,

abends 7 Uhr beginnend,

in den Sälen der Gesellschaft Eintracht,
Karl-Friedrichstraße,

Große humoristische Aufführung

mit daran anschließendem

Tanz-e.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder und ihre erwachsenen Angehörigen ein. — Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. —

Kostümierung sehr erwünscht.

Bei leichterer Kontrolle in der Zutritt zum Saale nur gegen Karten stattlohn, die zum Preis von 20 Pf. das Stük zu haben sind bei den Herren Kaufmann Menges, Ecke Leinenstraße und Durlacherstraße, Kaufmann Klein, Rudolfstraße, Möbelhändler Klein, Durlacherstraße 97 und Instrumentenmacher Sattler, Kaiserstraße 26, sowie am Festabend am Saaleingang.

Die Narrenkappen werden gratis verabfolgt.

Der Vorstand.

Tanzlehr-Institut

Josef Braunagel : Nowacksanlage 1.

Einzel-Unterricht für ältere Damen und Herren

zu jeder Zeit.

Zu den beginnenden Kursen werden gef. Anmeldungen erbeten.

Täglich von 1/21—5 u. 7—8 Uhr.

Sonntags von 2—4 Uhr.

Sanften, langanhaltenden Schnitt

garantiert meine Spezial-Marke

Hummel - Rasiermesser.

In allen Breiten vorräufig!

Alte Rasiermesser werden bei mir

sorgfältig fachgemäß geschliffen mit

Garantie zur guten Schnitt. Versand nach auswärts.

Karl Hummel, Werderstraße 13.



Bühsen-mühre
Reparaturen an Jagdgewehren
- und Waffen aller Art
feinste u. billigste Ausführung.
Verkauf neuer Waffen, Munition etc.

Adolf Böttcher,
Büchsenmacher
Karlsruhe

44 Markgrafenstraße 44.

N.B. Die Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und gebracht.

Ehreiser Sparfischerei

in allen Größen und Ausführungen zu billigen Preisen bestellt
können. — Richtig, anerkannt bestes
Fabrikat im Braten, Baden und Kochen.
12. erste Preise. — Neuzeitige Auszeichnungen. Ehrenpreise und goldene Medaille, Renstadt a. d. Haardt und Dürkheim, Lahr. — Reparaturen, Erfüllungen, Ausmäuerungen und billig
hergestellt.

Karl Ehreiser,
Groß. Postierant,
Herrenstraße 44. Telefon 2071.


Uhren
billig
verkauft.

Eugen Klingele, Erbprinzenstr. 26.
Wegen Platzmangel
billig

zu verkaufen:

1. Garnitur, neu bezogen, grüner
Wolltuch mit Rammen, 2. große Fauteuils
und Sofas, 160 Mk., 1 halbfarb.
Vestibüle mit Polst. Polster, Matratze,
Segras und Pol. mit neuen Bezügen,
rot und grau, 60 Mk., 1 großer bequemer
Fauteuil mit Sitzrichtung, brauner Sitz, 250 Mk., Schreibtisch,
12 Mk. Alles zusammen wird zu
225 Mk. abgegeben.
Ausziehbarer Kaiserstuhl 13, Tapezier,
werkstädtl. im Hof.

für Brautleute. Elegante Schloß-zimmer-Einrichtung, bestehend in 2 Bettstellen,
2 Nachttischen mit Marmor, 1 Wasch-
zimmerschrank mit Marmor, 1 Sitzglastisch,
1 doppelstir. Sitzglastisch mit starken
Kräftigglas, zu dem spottbilligen Preis
von nur Mk. 250. — zu verkaufen.
Keinerlei günstige Gelegenheit!

Werner, Schloßplatz 13, v. r.
Eingang Karl-Friedrichstr.

Aufforderung.
Diejenigen U